

Herzog-Stein, Alexander; Kotthaus, Friederike; Stein, Ulrike

Research Report

Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2021: Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie

IMK Report, No. 176

Provided in Cooperation with:

Macroeconomic Policy Institute (IMK) at the Hans Boeckler Foundation

Suggested Citation: Herzog-Stein, Alexander; Kotthaus, Friederike; Stein, Ulrike (2022) : Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2021: Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie, IMK Report, No. 176, Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2022080210345354837669>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/270335>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

REPORT

IMK Report Nr. 176, Juli 2022

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

ARBEITS- UND LOHNSTÜCKKOSTEN- ENTWICKLUNG 2021

Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie

Alexander Herzog-Stein, Friederike Kotthaus, Ulrike Stein

AUF EINEN BLICK

- Über den gesamten Verlauf der Covid-19-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 hat sich gezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Europa durch die erfolgreichen Beschäftigungssicherungs- und Krisenprogramme weitgehend stabilisiert werden konnte.
- Die Beschäftigungssicherungsprogramme führten in einigen Ländern sogar zu einem zeitweiligen Rückgang der Lohnnebenkosten, sodass die Entwicklung der Lohnnebenkosten den Arbeitskostenanstieg im ersten Pandemiejahr deutlich dämpfte. Im zweiten Pandemiejahr kompensierte sich diese Entwicklung jedoch wieder.
- Insgesamt zeigt der Verlauf der Arbeits- und Lohnstückkosten ein typisches Krisenmuster. Während sie im ersten Krisenjahr noch stark anstiegen, fielen die Veränderungsraten im zweiten Pandemiejahr umso geringer aus, sodass im Durchschnitt der beiden Jahre eine unauffällige Entwicklung zu verzeichnen war und der Euroraum als Ganzes und insbesondere Deutschland nichts an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben. Auch während der Coronakrise drohte von Seiten der Lohnentwicklung keine Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Vor dem Hintergrund der nicht absehbaren Folgen des Ukrainekriegs, den temporär hohen Preissteigerungsraten und den Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation wird es zukünftig darum gehen, sicherzustellen, dass der Euroraum und seine Mitgliedstaaten mehr als in der Vergangenheit von einer nachhaltigen und dynamischen binnenwirtschaftlichen Entwicklung getragen werden.
- Hierfür ist eine Lohnentwicklung unerlässlich, die sicherstellt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in diesen Zeiten des Wandels ausreichend partizipieren. Dies kann aber die Lohnpolitik nicht allein leisten. Hier wird die Wirtschaftspolitik als Ganzes gefragt sein.



AUDIOKOMMENTAR

Ulrike Stein zur Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2021
<https://bit.ly/imkreport-ak176>

INHALT

Europa im zweiten Jahr der Covid-19-Pandemie	3
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	3
Arbeitsmarktentwicklung	4
Lohnentwicklung	8
Entwicklung der Arbeitskosten in der EU	9
Arbeitskosten	9
Arbeitskosten und Beschäftigungssicherung	11
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in der Corona-Pandemie ...	13
Impressum	18

AUTORENSCHAFT



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleitung Arbeitsmarktökonomik
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Friederike Kotthaus
Praktikantin am IMK, Universität zu Köln
friederike.kotthaus@yahoo.de



Ulrike Stein, PhD
Referatsleitung Rente, Ungleichheit, Löhne
ulrike-stein@boeckler.de

EUROPA IM ZWEITEN JAHR DER COVID-19-PANDEMIE

Das Jahr 2021 stand wie schon das Vorjahr im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Jedoch waren die wirtschaftlichen Folgen der nachfolgenden Infektionswellen im Euroraum und in seinen Mitgliedstaaten nicht mehr so einschneidend wie die in der ersten Infektionswelle im Frühjahr 2020, so dass das Jahr 2021 insgesamt von einer breiten wirtschaftlichen Erholung geprägt war. Aufgrund der weiteren Infektionswellen und der wiederholten Notwendigkeit, das gesellschaftliche Leben und die wirtschaftlichen Aktivitäten zum Zwecke des Infektionsschutzes zumindest teilweise für eine gewisse Zeit einzuschränken, wurde die wirtschaftliche Erholung wiederholt unterbrochen und fiel insgesamt etwas verhaltener aus. Zudem bremsen Engpässe bei wichtigen Vorleistungen, wie beispielsweise Halbleitern, die Produktion, so dass die wieder zunehmende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht vollständig erfüllt werden konnte.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Euroraum nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 im Zuge der wirtschaftlichen Erholung um 5,4% zu, nachdem es im Jahr 2020 um 6,4% geschrumpft war (Abbildung 1a). Obwohl bei

der jahresdurchschnittlichen Betrachtung das reale Bruttoinlandsprodukt 2021 noch nicht wieder sein Vorkrisenniveau erreicht hatte, zeigt sich bei der Entwicklung auf Quartalsbasis, dass im letzten Quartal 2021 das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum insgesamt – im Unterschied zu Deutschland – erstmals wieder das Vorkrisenniveau überschritten hat (Abbildung 1b).

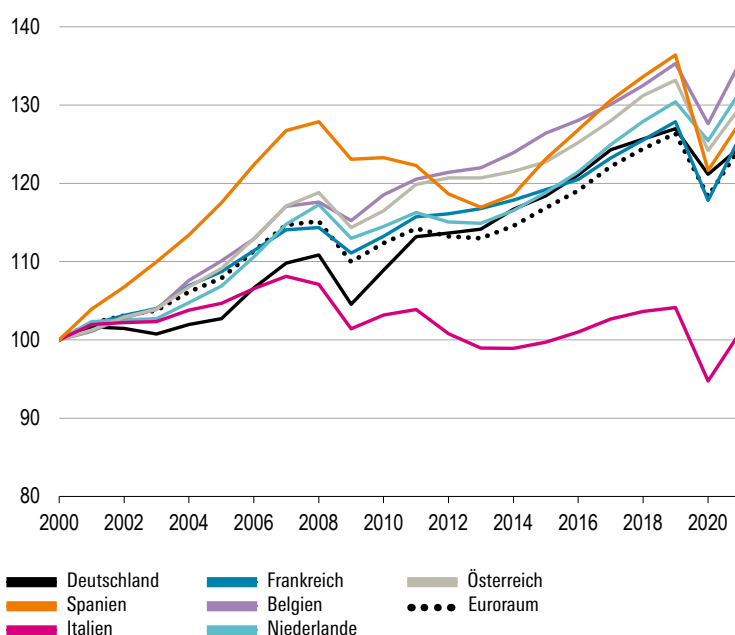
Wie die Betrachtung des Verlaufs der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den sieben größten Volkswirtschaften des Euroraums – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Niederlande und Österreich – zeigt, war deren gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2021 erneut heterogen. Die stärkste Erholung auf Jahresbasis verzeichnete Frankreich (7,0%), gefolgt von Italien (6,6%) und Belgien (6,2%). Der Wirtschaftseinbruch im Krisenjahr 2020 fiel in Deutschland mit einem Rückgang von 4,6% im Euroraum-Vergleich unterdurchschnittlich aus. Dagegen wies die Erholung 2021 in Deutschland im Vergleich zum Euroraum und zu den sechs anderen Volkswirtschaften die mit Abstand schwächste Dynamik auf; das reale Bruttoinlandsprodukt 2021 nahm jahresdurchschnittlich lediglich um 2,9% zu.

Von den sieben größten Volkswirtschaften des Euroraums hat das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich in Frankreich, den Niederlanden und Belgien bereits Ende 2021 wieder das Vorkrisenniveau überschritten; Anfang 2022 war dies auch in Österreich wieder der Fall. Besonders auffällig ist

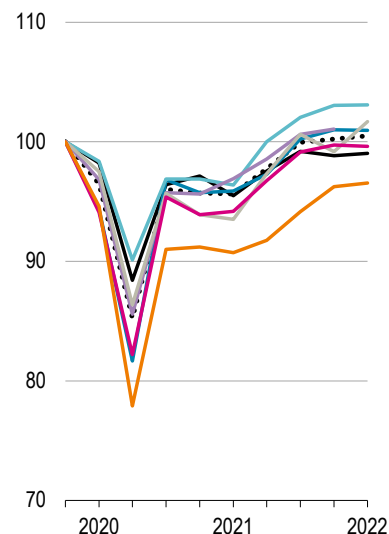
Abbildung 1

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



b) Quartalsbasis, 2019 Q4=100



seit Jahren die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Italien. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Italien hatte Ende 2021 auch noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht, zudem lag es noch mehr als 5% unter dem Niveau vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008Q1).

Arbeitsmarktentwicklung

Die europäischen Arbeitsmärkte waren von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie massiv betroffen. Von März bis August 2020 stieg die Arbeitslosenquote im Euroraum infolge der Krise saisonbereinigt um 1,4 Prozentpunkte auf 8,6%. Seit Oktober 2020 ist sie bis auf einen kurzen Wiederanstieg im Januar 2021 rückläufig und liegt inzwischen deutlich unter dem Niveau vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie (Abbildung 2). Diese Arbeitsmarkterholung ging vonstatten, obwohl weitere Infektionswellen in den einzelnen Mitgliedstaaten und dadurch notwendig gewordene wiederholte zeitweilige Beschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Arbeitsmarkterholung erschwerten.

Nach einem anfänglichen schnellen und merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den sieben hier genauer betrachteten Volkswirtschaften des Euroraums, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausfiel, aber im Vergleich zur Größenordnung des Wirtschaftseinbruchs infolge der ersten Infektionswelle durchweg moderat war, ist

die Arbeitslosenquote inzwischen überall wieder deutlich gesunken. Das Jahr 2021 war in allen sieben Ländern durch rückläufige Arbeitslosenquoten und eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt geprägt. In fünf der sieben Mitgliedstaaten lag Ende 2021 die Arbeitslosigkeit bereits wieder unter dem Niveau von Ende 2019. Lediglich Belgien und Österreich hatten zu diesem Zeitpunkt noch eine leicht höhere Arbeitslosenquote; im März 2022 hatte die Arbeitslosenquote in Österreich aber auch wieder das Vorkrisenniveau von Ende 2019 deutlich unterschritten.

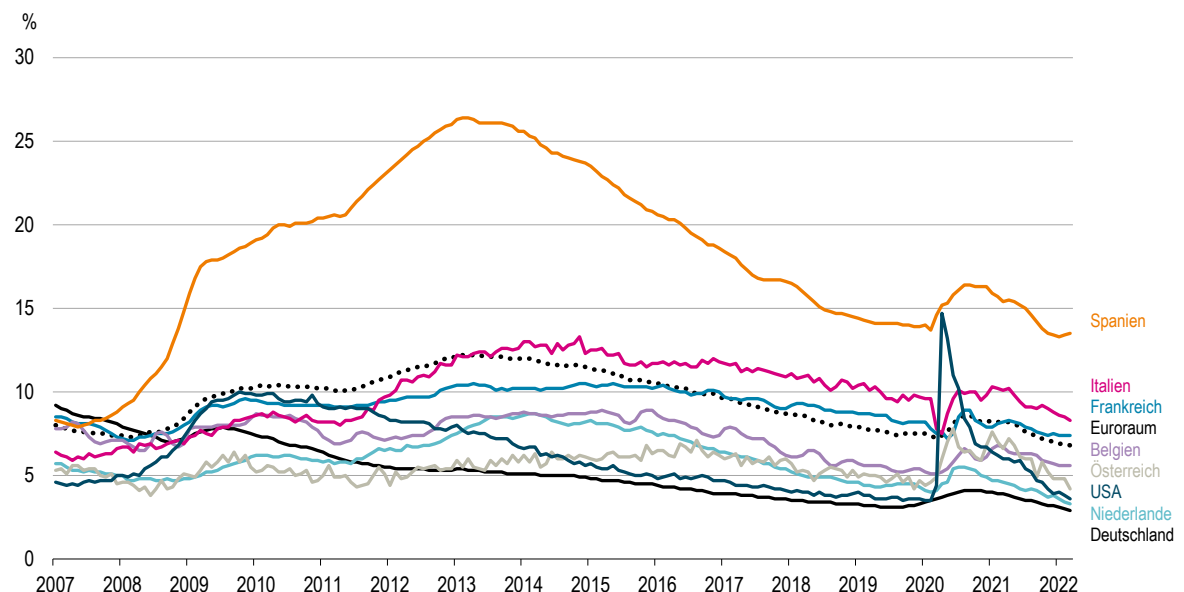
Im Vergleich zum Verlauf in den Vereinigten Staaten war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Euroraum infolge der Coronakrise wesentlich verhaltener. Im internationalen Vergleich fiel der Beschäftigungsverlust im Euroraum eher verhalten aus. In den USA stieg die Arbeitslosenquote infolge der Covid-19-Pandemie von Februar bis April 2020 rasant um 11,2 Prozentpunkte auf 14,7% an. Zwar verlief der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten im weiteren Verlauf sehr dynamisch, aber erst im März 2022 war sie wieder auf das Niveau von Ende 2019 gesunken und lag nur noch 0,1 Prozentpunkte über dem Wert von Februar 2020.

Die deutlichen Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa und in den Vereinigten Staaten während der Coronakrise sind zu einem erheblichen Anteil auf die gegensätzlichen arbeitsmarktpolitischen Ansätze zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Während in den Vereinigten Staaten vor al-

Abbildung 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa und den Vereinigten Staaten

Arbeitslosigkeit (alle Altersgruppen) als Prozent der aktiven Erwerbsbevölkerung, Monatsdurchschnitte, saisonbereinigt



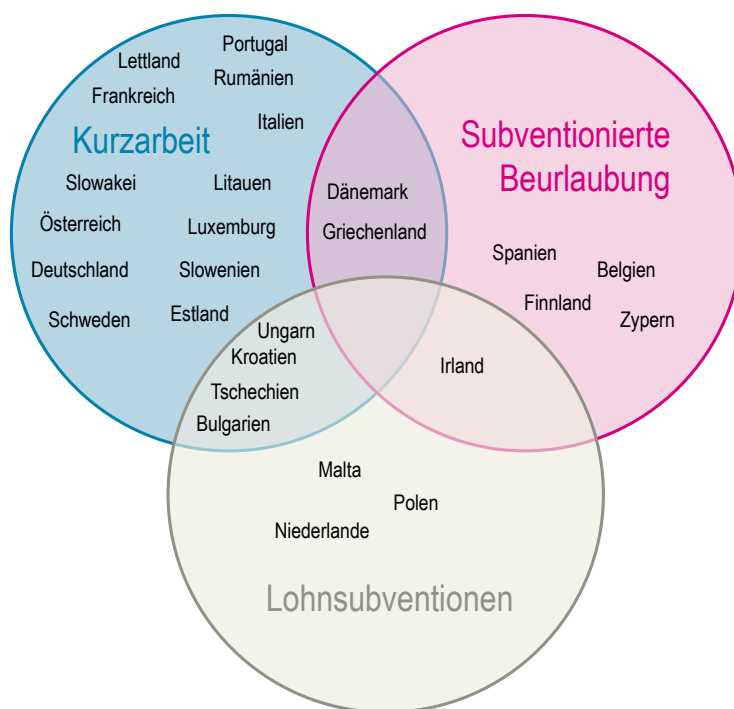
Quellen: Macrobond (Eurostat); LFS Main Indicators; Berechnungen des IMK (Datenstand 12.05.2022, letzter Datenpunkt März 2022).

lem auf externe Flexibilität durch den massiven Einsatz von „temporary layoffs“ in Verbindung mit weitreichenden staatlichen Programmen zur Sicherung von Einkommen gesetzt wurde, vertrauten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf Beschäftigungssicherung im großen Stil durch den Einsatz von Instrumenten der internen Flexibilität (siehe Giupponi et al. 2022 sowie Herzog-Stein et al. 2022).

Anders als in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/9 setzten diesmal alle Länder der Europäischen Union Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung ein. Drahočoupil und Müller (2021) unterteilen die Maßnahmen in drei Kategorien: Kurzarbeit, subventionierte Beurlaubung („Furlough“) und Lohnsubventionen (Abbildung 3). Das Ziel der Kurzarbeit besteht darin, die Unternehmen und die Beschäftigten finanziell zu unterstützen, die Arbeitszeit der kurzarbeitenden Beschäftigten zu reduzieren und so während einer Krise Entlassungen zu verhindern. Für die nicht geleisteten Arbeitsstunden, das heißt, die Differenz zwischen der regulären und reduzierten Arbeitszeit und dem damit verbundenen Lohnausfall, erhalten die Beschäftigten eine teilweise Kompensation. Bei der subventionierten Beurlaubung sparen die Unternehmen die Lohnkosten ihrer beurlaubten Beschäftigten. Diese erhalten eine staatliche Ersatzleistung und können während der Beurlaubungsphase anderweitig arbeiten. Im Falle von Lohnsubventionen erhalten Unternehmen in Krisensituationen einen finanziellen Zuschuss zu ihrer Lohnsumme, um sie damit von einem Teil ihrer Arbeitskosten zu entlasten. Der Übergang zwischen Kurzarbeitsprogrammen und Programmen zur subventionierten Beurlaubung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann je nach Ausgestaltung fließend sein. Allen drei Beschäftigungssicherungsmaßnahmen ist laut Drahočoupil und Müller (2021) jedoch letztlich gemeinsam, dass möglichst krisenbedingte Entlassungen verhindert, die Einkommen der Betroffenen gesichert und den Unternehmen geholfen werden soll, wirtschaftliche Krisen ohne Stellenabbau zu bewältigen.

Wie bereits in der letzten Arbeitskostenberichtserstattung für das Jahr 2020 (Herzog-Stein et al. 2021) beschrieben, haben 13 Länder entweder bestehende Kurzarbeitsprogramme ausgeweitet, indem sie den Zugang zu ihnen erleichterten, den Kreis der Anspruchsberechtigten ausweiteten, die Höhe des Kurzarbeitergeldes anhoben oder neue Kurzarbeitsprogramme ins Leben riefen. Andere Mitgliedstaaten wie die Niederlande, Polen und Malta setzten auf Lohnkostenzuschüsse und eine dritte Gruppe von Ländern (Spanien, Belgien, Finnland und Zypern) auf subventionierte Beurlaubungen. In sieben Ländern der Europäischen Union (Dänemark, Griechenland, Irland, Ungarn, Kroatien, Tschechien und Bulgarien) kamen zwei verschiedene Beschäftigungssicherungsmaßnahmen

Beschäftigungsmaßnahmen im europäischen Vergleich



Quellen: Drahočoupil und Müller (2021); Darstellung des IMK.

IMK

men zum Einsatz.¹

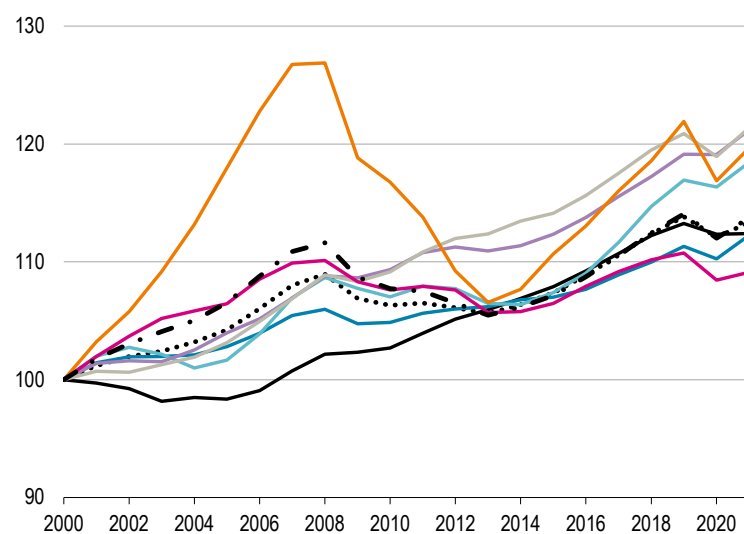
Neben dem starken Fokus auf Beschäftigungssicherungsmaßnahmen haben die jeweiligen Staaten häufig auch weitere Hilfsprogramme zur Stützung der Unternehmen aufgelegt. So haben beispielsweise in Deutschland laut Bischof et al. (2020) in einer Coronabefragung des German Business Panels zwei Drittel der Unternehmen angegeben, während der ersten Infektionswelle der Pandemie staatliche Hilfeleistungen beansprucht zu haben. Nach Selbsteinschätzung der betroffenen Unternehmen hätte knapp die Hälfte von ihnen diese erste Infektionswelle ohne diese Unterstützungsleistungen nicht überstanden. Am häufigsten wurden dabei von den Unternehmen laut eigenen Angaben die Corona-Soforthilfe, das Kurzarbeitergeld sowie die Stundung von Steuerzahlungen in Anspruch genommen (Bischof et al. 2020).

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in der Coronakrise verlief erwartungsgemäß spiegelbildlich zu der der Arbeitslosigkeit. Infolge der großen Auswirkungen der ersten Infektionswelle ging die Erwerbstätigkeit im Euroraum im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem letzten Quartal 2019 saisonbereinigt um 3,1% zurück. Auch die sieben größ-

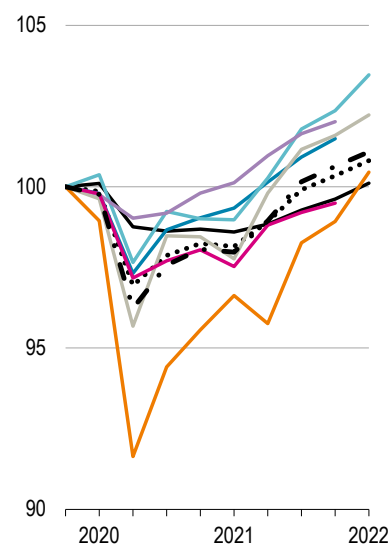
¹ Für die Ländereinteilung und weitere Details zu den länderspezifischen Beschäftigungssicherungsmaßnahmen siehe Drahočoupil und Müller (2021).

Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



b) Quartalsbasis, 2019 Q4=100



■ Deutschland ■ Frankreich ■ Österreich
 ■ Spanien ■ Belgien ●●● Euroraum
 ■ Italien ■ Niederlande ■●■ Euroraum ohne Deutschland

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 23.05.2022).

IMK

ten Volkswirtschaften des Euroraums verzeichneten mehr oder weniger starke Beschäftigungsrückgänge. In fünf der sieben Länder nahm die Erwerbstätigkeit weniger stark ab als im Durchschnitt des Euroraums. Die geringsten Rückgänge hatten Belgien (-1,0%) und Deutschland (-1,3%). In Österreich (-4,3%) und insbesondere in Spanien mit einem Rückgang von 8,4% war der Beschäftigungseinbruch stärker als im Euroraum insgesamt und auch als im Euroraum ohne Deutschland mit 3,8% (Abbildung 4b).

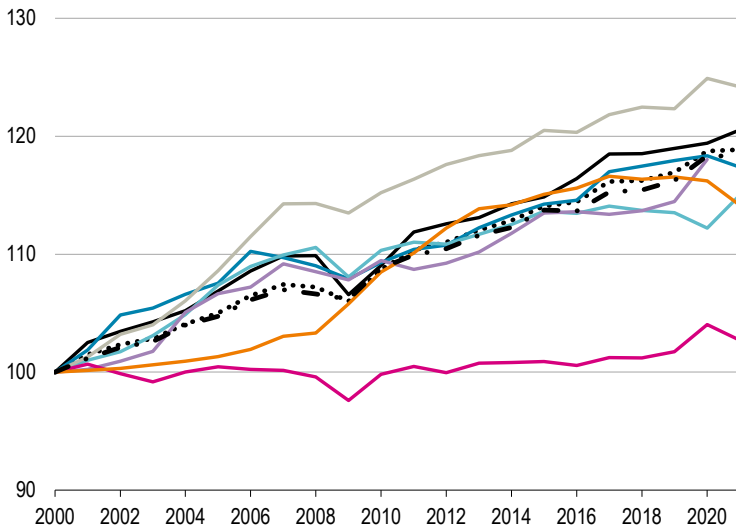
Im zweiten Halbjahr 2020 und im Jahr 2021 erholte sich trotz fortdauernder Covid-19-Pandemie die Erwerbstätigkeit im Euroraum. Ende 2021 lag die Zahl der Erwerbstätigen im Euroraum mit und ohne Deutschland wieder über dem Vorkrisenniveau (2019Q4). In vier der sieben größten Volkswirtschaften war dies ebenfalls der Fall. Lediglich in Deutschland, Italien und Spanien war noch nicht wieder das Beschäftigungsniveau von Ende 2019 erreicht worden – Deutschland und Spanien überschritten diese Schwelle aber im ersten Quartal 2022, für Italien liegen noch keine Informationen vor. Von diesen sieben Volkswirtschaften wies die Beschäftigungserholung in Deutschland die schwächste Dynamik auf. Im Zeitraum nach dem zweiten Quartal 2020 bis Ende 2021 nahm die Erwerbstätigkeit in Deutschland lediglich um 0,9% zu; in den anderen sechs Volkswirtschaften lag der Beschäftigungszuwachs im selben Zeitraum zwischen 2,4% in Italien und 7,9% in Spanien. Im Euroraum ohne Deutschland betrug er 4,6%.

Der flächendeckende Einsatz von Instrumenten der internen Flexibilität zur Beschäftigungssicherung verkürzte erwartungsgemäß die durchschnittliche Arbeitszeit temporär erheblich. Im ersten Halbjahr 2020 ging im Euroraum insgesamt die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen saisonbereinigt um 15,0% gegenüber dem letzten Quartal 2019 zurück (Abbildung 6), und auch in den sieben oben genannten Volkswirtschaften waren erhebliche Arbeitszeitreduktionen zu beobachten. Die Größenordnung der temporären Arbeitszeitverkürzungen schwankte dabei zwischen -4,3% in den Niederlanden und -20,0% in Frankreich. In Deutschland ging die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 8,8% zurück; für Belgien liegen leider keine Arbeitszeitergebnisse vor.

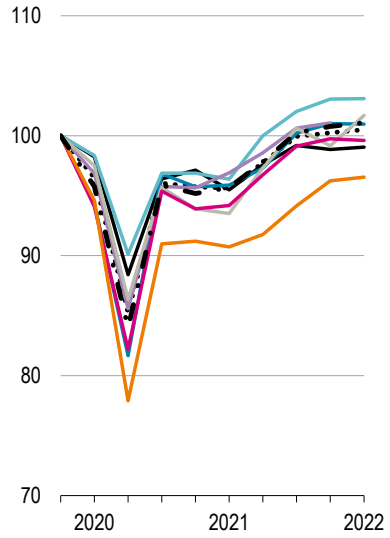
Wie Herzog-Stein et al. (2021) bereits zeigten, sind dabei zwei Muster bei der Beschäftigungssicherung während der Covid-19-Pandemie auszumachen. In Deutschland und den Niederlanden trugen in der Coronakrise sowohl temporäre Arbeitszeitverkürzungen durch den Einsatz von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen als auch das klassische Halten von Arbeit – erkennbar am prozyklischen Rückgang beziehungsweise an der Verringerung der Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis – zur Beschäftigungssicherung bei (Abbildung 5). Im Euroraum ohne Deutschland und in Frankreich, Italien, Spanien und Österreich war der durchschnittliche Arbeitszeitrückgang besonders stark, und die Stundenproduktivität stieg antizyklisch an. In diesen Ländern fand eine Beschäftigungssicherung also

Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



b) Quartalsbasis*, 2019 Q4=100



* Für Belgien liegen keine Quartalswerte vor.

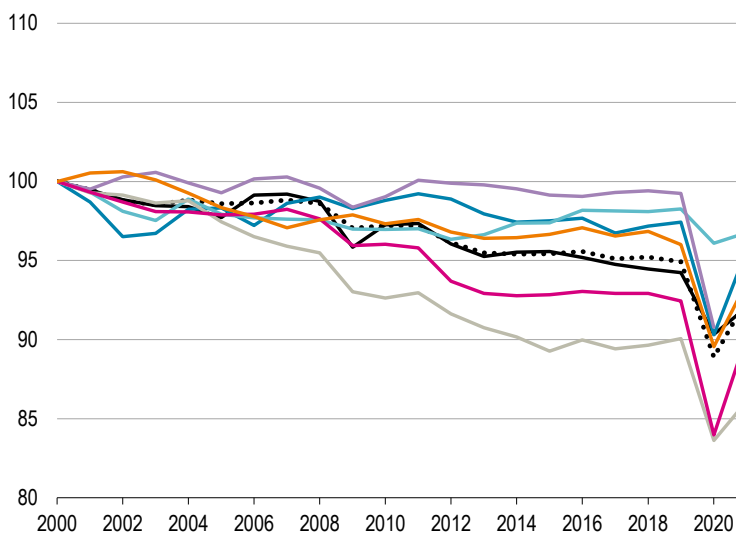
- Deutschland
- Frankreich
- Österreich
- Spanien
- Belgien
- Euroraum
- Italien
- Niederlande
- Euroraum ohne Deutschland

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 23.05.2022).

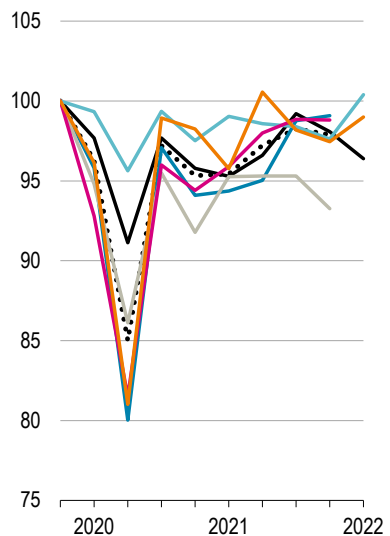


Entwicklung der Erwerbstätigenstunden im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



b) Quartalsbasis*, 2019 Q4=100



* Für Belgien liegen keine Quartalswerte vor.

- Deutschland
- Frankreich
- Österreich
- Spanien
- Belgien
- Euroraum
- Italien
- Niederlande

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 23.05.2022).



nur über die Verkürzung der Arbeitszeit statt. Ein vergleichbares Muster eines antizyklischen Verlaufs der Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis in der Coronakrise war auch in den Vereinigten Staaten festzustellen (Herzog-Stein et al. 2022).

Die quartalsmäßige Betrachtung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen im weiteren Verlauf der Pandemie zeigt, dass die Arbeitszeit pro Kopf eine erhebliche Volatilität aufweist, was noch einmal veranschaulicht, dass die wirtschaftliche Erholungsphase wiederholt von weiteren Infektionswellen gebremst und teilweise sogar zeitweilig unterbrochen wurde (Abbildung 6b).

Lohnentwicklung

Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde stiegen im Jahr 2021 in Deutschland um 2,0% (Abbildung 7). Das ist der geringste Anstieg seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Vorjahr stiegen sie als Folge der Coronakrise mit 3,8% noch fast doppelt so stark. Im Euroraum (0,4 %) und vielen anderen Mitgliedstaaten fiel der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte 2021 deutlich geringer aus. Allerdings stiegen dort im ersten Pandemiejahr die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde auch deutlich stärker an. Über den gesamten Pandemiezeitraum verzeichnete Deutschland einen jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte auf Stundenbasis von 2,9%, der ähnlich hoch ausfiel wie im Durchschnitt des Euroraums (2,8% pro Jahr) und wie die durchschnittliche Ent-

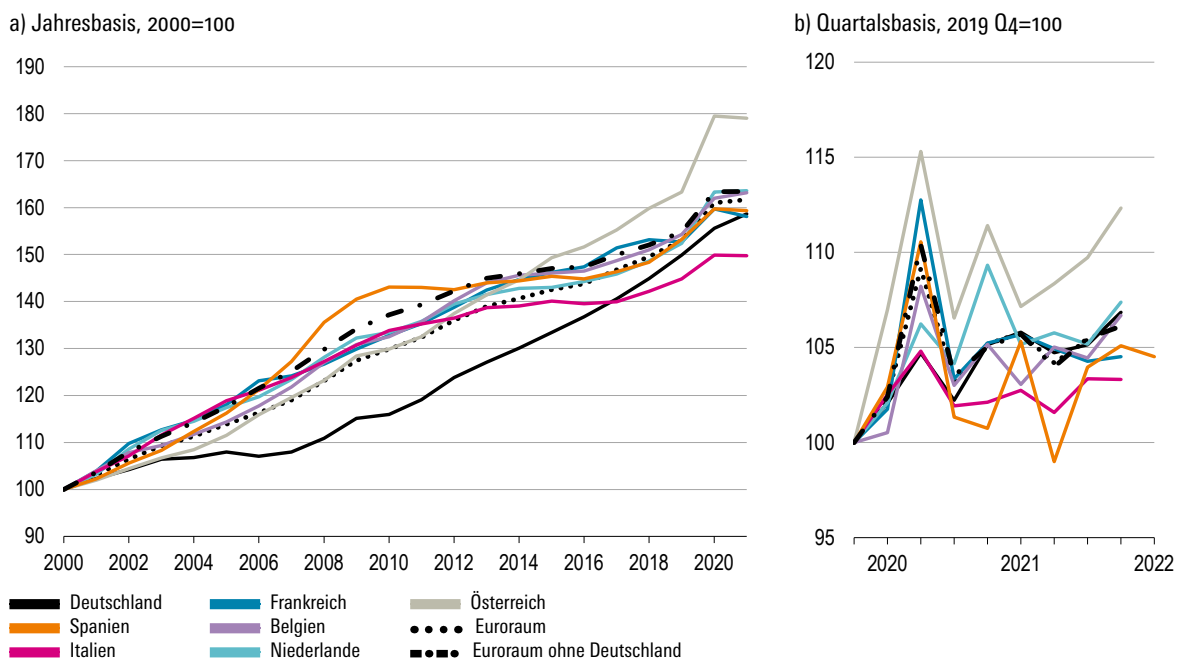
wicklung in Deutschland der 2010er Jahre (2,7% pro Jahr). Im Euroraum ohne Deutschland lag die durchschnittliche Entwicklung in den beiden Pandemiejahren über der durchschnittlichen Entwicklung der 2010er Jahre, die aber für den Euroraum ohne Deutschland ein Jahrzehnt einer ausgesprochen verhaltenen Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte auf Stundenbasis (durchschnittlich 1,4% pro Jahr) war.

Diese Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte auf Stundenbasis während der Covid-19-Pandemie war so vorherzusehen gewesen, da es eine ähnliche Entwicklung bereits während der Wirtschafts- und Finanzkrise gab, als im Jahr 2009 die Arbeitnehmerentgelte auch zunächst stärker stiegen und dann im darauffolgenden Jahr schwächere Zuwächse aufwiesen. So reduzierte beispielsweise die Nutzung von Kurzarbeit in Deutschland die Arbeitskosten insgesamt, aber erhöhte temporär die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde, da aufgrund von Remanenzkosten² die Arbeitskosten weniger stark zurückgingen als die geleisteten Arbeitsstunden.

² Remanenzkosten der Kurzarbeit bezeichnen Arbeitskosten, die nicht proportional zur Reduktion der Arbeitsstunden infolge der Kurzarbeit zurückgehen. Ihre Größenordnung ist abhängig von den geltenden Regelungen bezüglich der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge, der Höhe anderer verbleibender Lohnnebenkosten, wie beispielsweise bezahlte Freistellungen, und davon, ob der Arbeitgeber das gesetzliche Kurzarbeitergeld aufstockt oder nicht (Bach und Spitznagel 2009).

Abbildung 7

Entwicklung der nominalen Arbeitnehmerentgelte je Stunde im Euroraum



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 23.05.2022).

Letztendlich zeigt dieser positive vorübergehende Effekt auf die Stundenlöhne beziehungsweise Arbeitskosten auf Stundenbasis die erfolgreiche Beschäftigungssicherung. Sowohl im Euroraum als auch in den sieben hier betrachteten Volkswirtschaften wurden temporäre Arbeitszeitreduktionen durch Maßnahmen der internen Flexibilität zur Beschäftigungssicherung genutzt. Diese hat die geleisteten Arbeitsstunden stärker als die Löhne und Gehälter beziehungsweise die Arbeitnehmerentgelte fallen lassen, aber half die Einkommen zu stabilisieren. Mit der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung und der Rückführung der Beschäftigungssicherungsmaßnahmen dämpfte die wieder steigende Zahl an durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden die Stundenlohnentwicklung. Diese beiden gegenläufigen Entwicklungen sind aber letztlich stark geprägt von der wirtschaftlichen Krise und dem Zweck der Beschäftigungssicherung und deshalb am besten gemeinsam zu betrachten.

ENTWICKLUNG DER ARBEITSKOSTEN IN DER EU

Arbeitskosten

Wie im vergangenen Jahr umfasst die diesjährige Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitskosten 27 EU-Mitgliedstaaten, wovon 19 dem Euroraum angehören. Die Arbeitskosten sind definiert als Arbeitnehmerentgelt plus sonstige Kosten.³

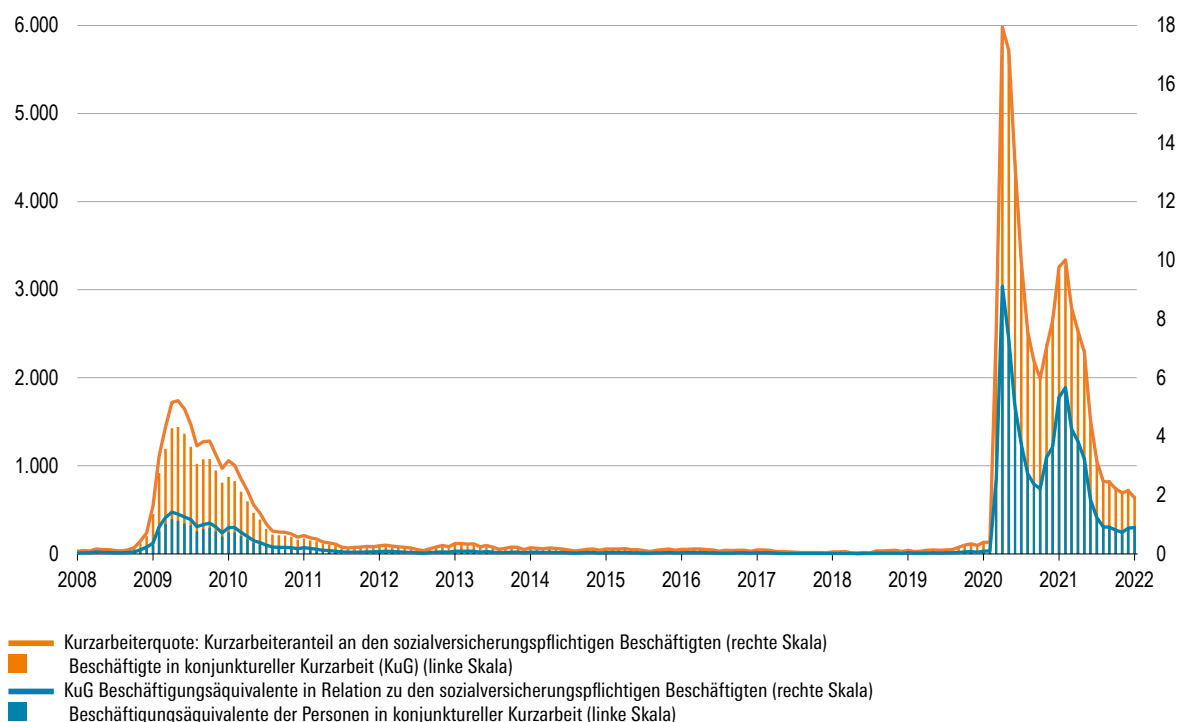
Wie das Jahr 2020 war auch das Jahr 2021 von der Covid-19-Pandemie geprägt. Die deutsche wie auch die europäische Wirtschaft hatten erneut mit erheblichen krisenbedingten Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaftsprozesse zu kämpfen. Aufgrund der Verfügbarkeit mehrerer Impfstoffe gegen das SARS-CoV-2-Virus und des Beginns der Impfung der Bevölkerung Ende 2020 fielen die einschneidenden Maßnahmen

³ Grundsätzlich sind die Arbeitnehmerentgelte in der Arbeitskostenerhebung (AKE) und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) identisch definiert. Die AKE und die VGR haben aber unterschiedliche Abdeckungsgrade hinsichtlich kleiner Unternehmen, und die Personalnebenkosten werden unterschiedlich verbucht. (Statistisches Bundesamt 2018, S. 10). Die sonstigen Kosten, die in Deutschland nur eine sehr geringe Rolle spielen, setzen sich aus den Berufsbildungskosten, sonstige Aufwendungen, Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl abzüglich von Zuschüssen für den Arbeitgeber zusammen.

Abbildung 8

Kurzarbeit in Deutschland (2008 bis 2022)

in 1.000 Personen linke Skala, in % rechte Skala



men im Jahr 2021 insgesamt weniger stark aus als im Jahr 2020. So ist zwar in Deutschland die Kurzarbeit zu Beginn 2021 nochmals stark angestiegen, war aber mit 3,27 Millionen Personen im Februar 2021 nur etwas mehr als halb so hoch wie im April 2020, als in der Spitze fast 6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit waren (Abbildung 8). Allerdings war die

Zahl der Kurzarbeitenden im Februar 2021 immer noch mehr als doppelt so hoch als beim Höchststand während der Wirtschafts- und Finanzkrise im Mai 2009.

Im Jahr 2021 betragen in Deutschland die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft 37,3 Euro je Stunde (Tabelle 1). Damit nahm Deutschland im

Tabelle 1

Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2021

	Privatwirtschaft ¹				Privater Dienstleistungssektor ²				Verarbeitendes Gewerbe ³			
	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴
Dänemark	48,3	1	4,2	4,0	48,6	1	4,4	4,1	48,5	1	3,6	3,4
Luxemburg	42,7	2	1,6	1,6	46,8	2	1,9	1,9	34,8	9	0,3	0,3
Schweden	42,4	3	6,5	3,1	42,2	3	6,5	3,0	43,5	3	6,3	2,9
Belgien	41,9	4	1,2	1,2	41,0	4	1,1	1,1	44,8	2	1,3	1,3
Frankreich	38,4	5	0,7	0,7	38,1	5	1,0	1,0	39,8	7	0,2	0,2
Österreich	37,7	6	1,0	1,0	36,3	6	1,1	1,1	39,9	6	1,0	1,0
Deutschland	37,3	7	1,2	1,2	34,8	9	1,4	1,4	41,9	4	0,6	0,6
Niederlande ⁵	36,9	8	3,3	3,3	35,6	7	3,8	3,8	41,0	5	4,2	4,2
Finnland	36,4	9	4,3	4,3	35,3	8	4,5	4,5	38,8	8	4,3	4,3
Irland	31,7	10	4,2	4,2	31,1	10	4,0	4,0	34,5	10	5,0	5,0
Italien	28,5	11	-1,9	-1,9	28,6	11	-1,8	-1,8	28,6	11	-2,3	-2,3
Spanien	22,4	12	-0,1	-0,1	21,9	12	0,2	0,2	24,0	12	-0,9	-0,9
Slowenien	20,8	13	6,3	6,3	21,2	13	6,1	6,1	20,3	13	6,6	6,6
Griechenland	17,6	14	2,0	2,0	18,2	14	2,6	2,6	16,3	14	-0,8	-0,8
Zypern	16,1	15	6,8	6,8	16,3	15	6,2	6,2	/	/	/	/
Malta	15,4	16	1,4	1,4	15,9	17	0,9	0,9	14,4	16	2,5	2,5
Tschechien	15,1	17	7,8	4,5	15,3	18	8,3	5,0	14,9	15	7,2	3,9
Portugal	14,7	18	2,1	2,1	16,0	16	1,2	1,2	12,8	20	3,1	3,1
Estland	14,5	19	6,3	6,3	14,7	19	7,1	7,1	13,5	19	4,6	4,6
Slowakei	14,0	20	5,3	5,3	14,1	20	5,1	5,1	14,3	17	5,8	5,8
Lettland	11,4	21	3,4	3,4	11,7	21	4,2	4,2	10,3	24	2,0	2,0
Litauen	11,3	22	12,3	12,3	11,7	21	12,2	12,2	11,0	21	12,7	12,7
Polen	11,2	23	5,0	7,9	11,2	24	5,3	8,2	10,4	23	5,2	8,1
Ungarn	11,0	24	3,8	5,9	11,2	24	3,4	5,6	10,9	22	4,5	6,6
Kroatien	10,9	25	2,8	2,7	11,3	23	2,4	2,3	10,3	24	3,6	3,5
Rumänien	8,1	26	4,2	6,0	8,8	26	4,4	6,2	7,3	26	4,5	6,2
Bulgarien	6,9	27	7,7	7,7	7,4	27	7,8	7,8	5,8	27	7,2	7,2
Euroraum	32,5		1,0		31,1		1,3		34,5		0,5	
EU27 (ohne UK)	28,7		1,5		28,2		1,7		28,6		1,1	

1 Wirtschaftsschnitte B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

2 Wirtschaftsschnitte G-N; G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

3 Wirtschaftsschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe.

4 Veränderungsrate in Prozent im Vergleich zum Vorjahr in Euro bzw. in Landeswährung (LW).

5 Die Werte für die Niederlande für das Verarbeitende Gewerbe sind auf Grundlage der ersten drei Quartale 2021 geschätzt.

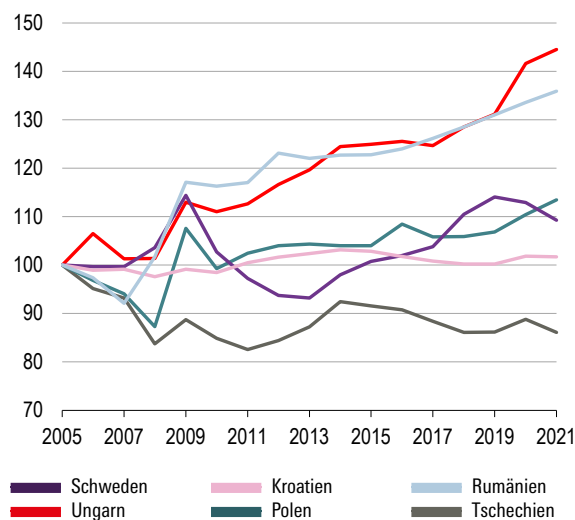
/ Daten sind nicht verfügbar.

Arbeitskostenvergleich der europäischen Volkswirtschaften wie im Jahr zuvor nach Österreich (37,7 Euro) den siebten Platz ein. Dänemark ist weiterhin Spitzenreiter (48,3 Euro), dort kostet die Arbeitsstunde gut 10 Euro mehr als in Deutschland, gefolgt von Luxemburg (42,7 Euro) auf Platz zwei. Schweden (42,4 Euro) hat mit Belgien (41,9 Euro) die Plätze getauscht und liegt nun auf Platz drei. Der Platztausch ist die Folge von Wechselkursschwankungen. Nach mehreren Jahren der Abwertung gegenüber dem Euro hat die schwedische Krone nun das zweite Jahr in Folge aufgewertet (Abbildung 9). Bei den anderen Ländern der Hochlohngruppe, die Gruppe der Länder, deren Arbeitskosten höher als der Euroraum-Durchschnitt (32,5 Euro) sind, gab es ansonsten keine Veränderungen im Ranking. Die Arbeitskosten von Frankreich (38,4 Euro) und Österreich (37,7 Euro) sind in der Privatwirtschaft höher als die deutschen, die der Niederlande (36,9 Euro) und Finnlands (36,4 Euro) etwas niedriger. Nachdem die irischen Arbeitskosten (31,7 Euro) im letzten Jahr stark um 4,2% gestiegen sind, liegen sie wieder über den Arbeitskosten des EU-Durchschnitts (28,7 Euro). Dagegen sind die italienischen Arbeitskosten (28,5 Euro) um 1,9% gefallen, sodass sie nun unterhalb des EU-Durchschnitts liegen. Alle anderen Länder liegen wie im Vorjahr unterhalb des EU-Durchschnitts. Die Spannweite reicht von Spanien (22,4 Euro) bis Bulgarien (6,9 Euro).

Insgesamt sind die Arbeitskosten im Durchschnitt des Euroraums nur um 1,0% (EU: 1,5%) gestiegen, nach noch 2,6% (2,7%) im Vorjahr. Italien (-1,9%) und Spanien (-0,1%) verzeichneten fallende Arbeitskosten. In allen anderen Ländern stiegen die Arbeitskosten in Euro gemessen zwischen 0,7% in Frankreich und 12,3% in Litauen. In Deutschland stiegen die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft um 1,2% und damit geringfügig stärker als im Durchschnitt des Euroraums, aber schwächer als im EU-Durchschnitt (1,5%). In Frankreich (0,7%) und Österreich (1,0%) waren die Arbeitskostenanstiege schwächer als im Durchschnitt des Euroraums, während sie in den anderen Hochlohnländern Dänemark (4,2%), Schweden (6,5%), Niederlande (3,3%) und Finnland (4,3%) zum Teil deutlich darüber lagen. Neben der Schwedischen hat auch die Tschechische Krone aufgewertet. Die Arbeitskostenanstiege in Euro gemessen lagen dadurch mit 6,5% bzw. 7,8% deutlich über den Anstiegen in Landeswährung, die mit 3,1% bzw. 4,5% aber auch noch dynamischer als die europäische Entwicklung waren. Dies verdeutlicht wieder einmal den großen Einfluss von Wechselkursschwankungen auf Veränderungen der Arbeitskosten im internationalen Vergleich, die in einem System flexibler Wechselkurse häufig um ein Vielfaches höher ausfallen als die tatsächlichen Veränderungen der Arbeitskosten in Landeswährung.

Wechselkurse ausgewählter Länder gegenüber dem Euro

2005=100



Eine steigende (fallende) Linie bedeutet, dass die nationale Währung gegenüber dem Euro abwertet (aufwertet).

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK.

IMK

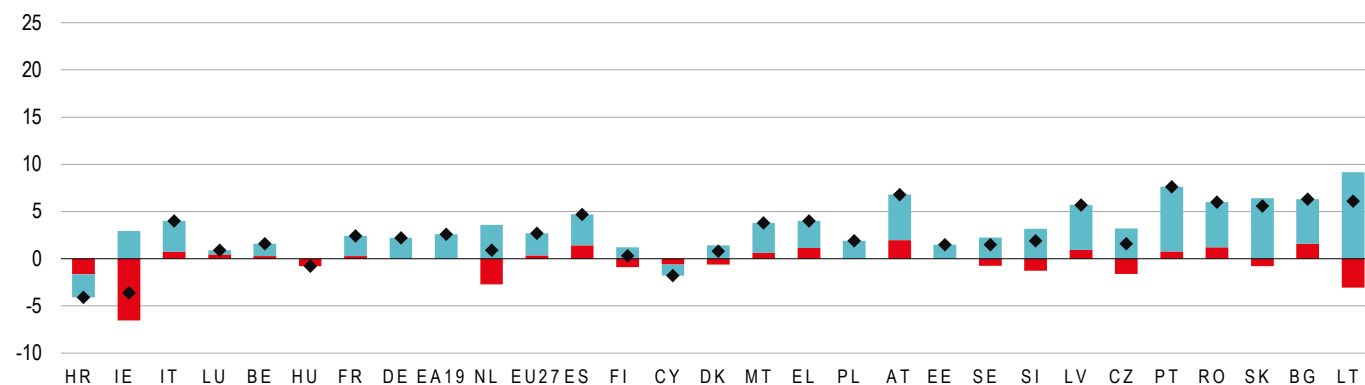
Die Arbeitskostenentwicklung im privaten Dienstleistungsbereich fiel im Euroraum (1,3%) und EU-Durchschnitt (1,7%) etwas stärker aus als in der Privatwirtschaft, zeigte im Großen und Ganzen aber eine ähnliche Dynamik wie in der Privatwirtschaft. Auch die deutschen Arbeitskosten im privaten Dienstleistungsbereich stiegen mit 1,4% nur unwesentlich schneller als im Durchschnitt des Euroraums und in der deutschen Privatwirtschaft insgesamt, blieben aber hinter der Entwicklung des EU-Durchschnitts (1,7%) zurück. Nachdem die niederländischen und finnischen Arbeitskosten im ersten Pandemiejahr – nicht zuletzt als Folge des Einsatzes von temporären Lohnsubventionen zur Beschäftigungssicherung – nur gering angestiegen waren und Deutschland damit auf Platz 7 im europäischen Ranking kletterte, nimmt Deutschland nun wieder die Position 9 ein. Sowohl die niederländischen (3,8%) als auch die finnischen (4,5%) Arbeitskosten verzeichneten starke Anstiege im privaten Dienstleistungsbereich.

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe sind im Euroraum im Jahr 2021 nur geringfügig um 0,5% (EU: 1,1%) angestiegen. Auch in diesem Wirtschaftsbereich liegt die deutsche Arbeitskostenentwicklung (0,6%) nahe am Euroraumdurchschnitt. Aufgrund des starken Anstiegs der Arbeitskosten in Schweden und dem zusätzlichen kostensteigernden Wechselkurseffekt ist Schweden im europäischen Ranking der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe auf den dritten Platz vor Deutschland geklettert.

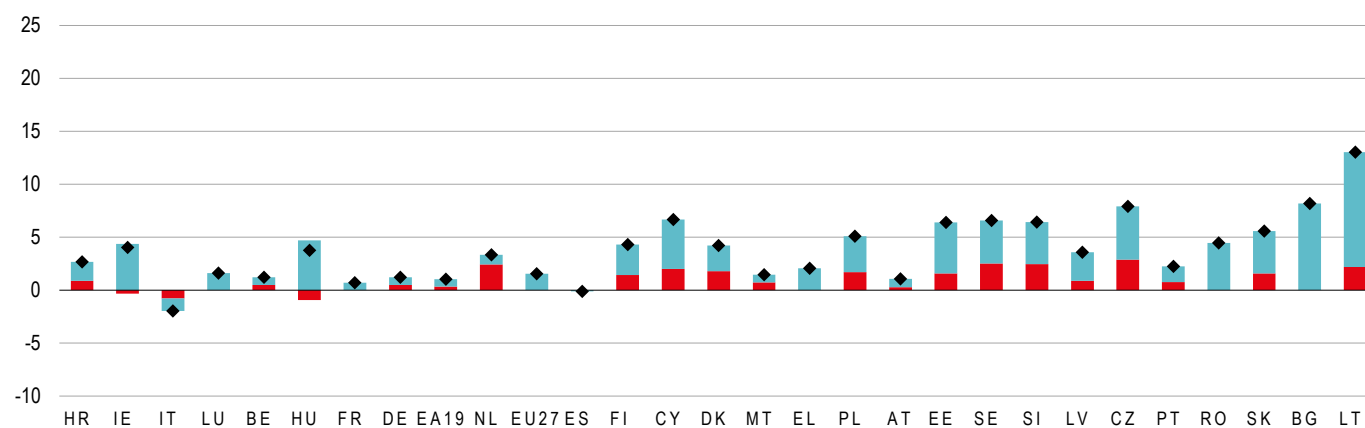
Veränderung der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft (B-N)

in %

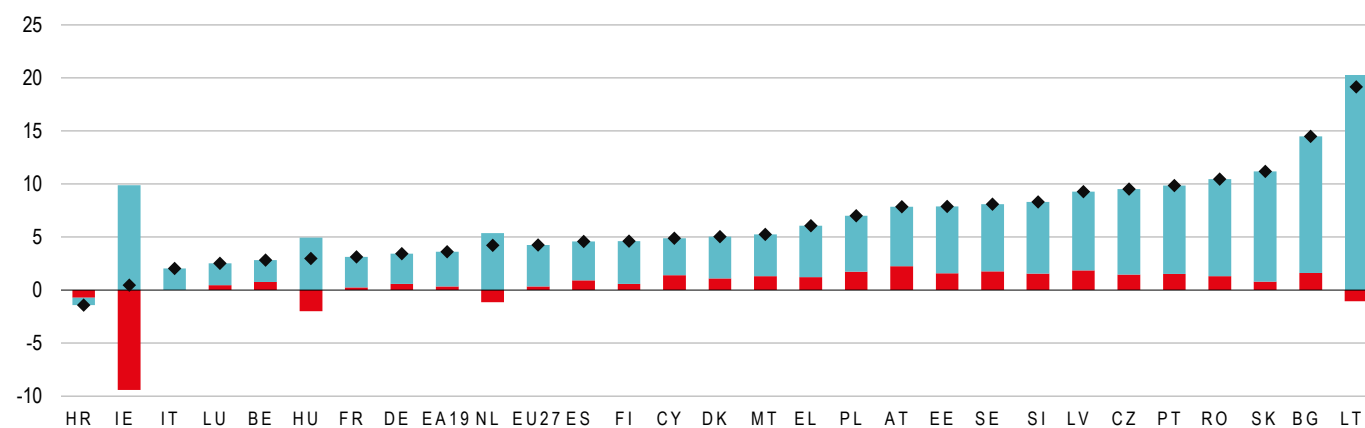
a) Veränderungsrate 2020



b) Veränderungsrate 2021



c) kumulierte Veränderung im Zeitraum 2019 bis 2021



■ Anteil der Bruttoverdienste an der Veränderung der Arbeitskosten ◆ Veränderung der Arbeitskosten
■ Anteil der Lohnnebenkosten an der Veränderung der Arbeitskosten

HR – Kroatien, IE – Irland, IT – Italien, LU – Luxemburg, BE – Belgien, HU – Ungarn, FR – Frankreich, DE – Deutschland, EA19 – Euroraum 19, NL – Niederlande, EU27 – EU 27 ohne Großbritannien, ES – Spanien, FI – Finnland, CY – Zypern, DK – Dänemark, MT – Malta, EL – Griechenland, PL – Polen, AT – Österreich, EE – Estland, SE – Schweden, SI – Slowenien, LV – Lettland, CZ – Tschechien, PT – Portugal, RO – Rumänien, SK – Slowakei, BG – Bulgarien, LT – Litauen.

Quellen: Macrobond (Eurostat) (Datenstand 04.04.2022), Berechnungen des IMK.

Arbeitskosten und Beschäftigungssicherung

Die Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Normalerweise ist die Struktur der Arbeitskosten, d.h. der Anteil der einzelnen Kostenarten an den Arbeitskosten, im Zeitverlauf nahezu konstant. Im ersten Jahr der Pandemie haben die Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung jedoch die Entwicklung der Arbeitskosten deutlich beeinflusst (Abbildung 10a). In zwölf der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirkten sich sinkende Lohnnebenkosten dämpfend auf die Arbeitskostenentwicklung aus. Dazu gehören insbesondere Länder wie Finnland, Zypern, Spanien und Dänemark, die während der Pandemie subventionierte Beurlaubungen als Kriseninstrument einsetzten, oder die Niederlande, die Tschechische Republik, Kroatien und Ungarn, die Lohnsubventionen nutzten. Besonders ausgeprägt war der Effekt in Irland, das sowohl ein Programm für subventionierte Beurlaubungen als auch Lohnsubventionen als Kriseninstrument einsetzte. Dass es sich bei den Effekten im Jahr 2020 um krisenbedingte Sondereffekte handelt, wird deutlich, wenn man die Entwicklung im darauffolgenden Jahr (Abbildung 10b) und insbesondere die Entwicklung über den gesamten Pandemieverlauf betrachtet. Im Folgejahr 2021 wurden diese weitgehend kompensiert. Unter- und überdurchschnittliche Entwicklungen in

den Arbeitskosten im Jahr 2020 gehen in vielen Ländern mit Nachholeffekten in die jeweils andere Richtung im Jahr 2021 einher (Abbildung 10c).

ENTWICKLUNG DER PREISLICHEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IN DER CORONA-PANDEMIE

Zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist ein Vergleich der absoluten Arbeitskosten oder der absoluten Lohnstückkosten ungeeignet. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft kann nur auf Basis der Entwicklung der Lohnstückkosten, dem Verhältnis von Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität, beurteilt werden.

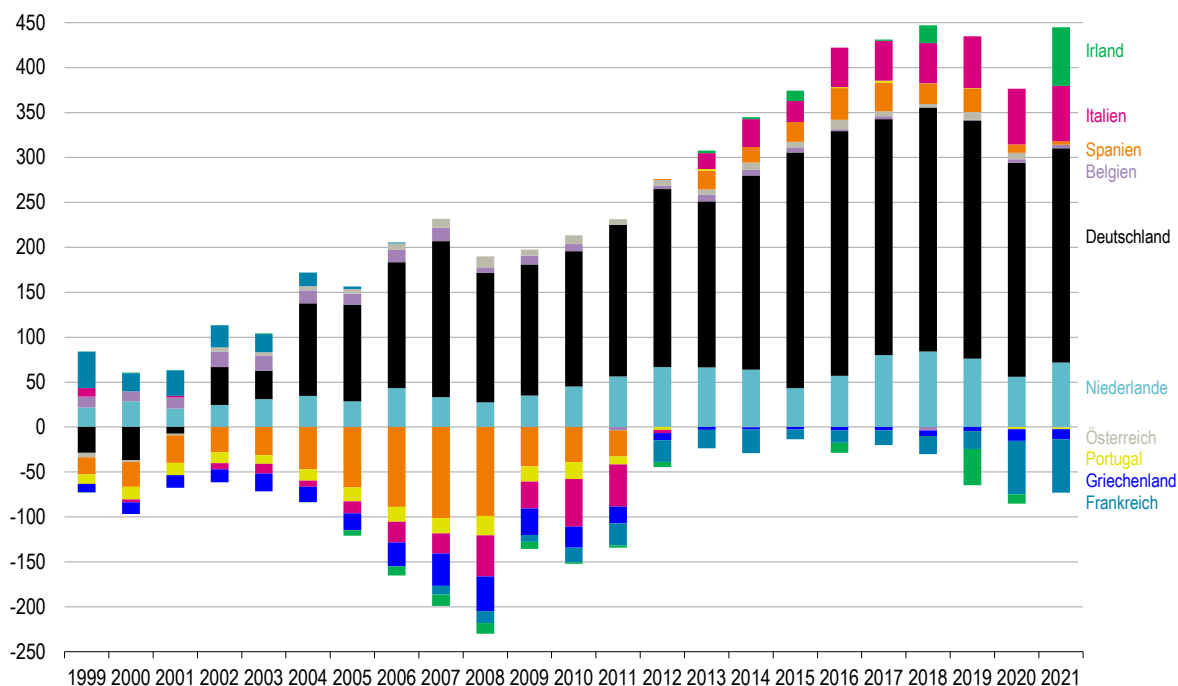
Dabei ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten der geeignete Indikator, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer ganzen Volkswirtschaft mit ihren Waren und Diensten abzubilden (siehe beispielsweise Herzog-Stein et al. 2020).

Der Fokus liegt auf der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit für die sieben größten Volkswirtschaften des Euroraums – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Nieder-

Abbildung 11

Leistungsbilanzsalden der Länder im Euroraum

in Mrd. EUR



Quellen: Macrobond (AMECO); Berechnungen des IMK (Datenstand 12.05.2022).

IMK

lande, Belgien und Österreich in der Covid-19-Pandemie. Für einen solchen Vergleich ist es notwendig, einen Zeitpunkt, zu dem „Wettbewerbsneutralität“ herrscht, zu bestimmen. Für entwickelte Volkswirtschaften eignet sich am besten eine Phase, in der die Leistungsbilanz annähernd ausgeglichen ist. Mit einem positiven Außenbeitrag und einem nur leicht negativen Leistungsbilanzsaldo von -0,3% war für Deutschland eine solche Situation letztmalig im Jahr 2001 gegeben (Abbildung 11). Da eine veränderte preisliche Wettbewerbsfähigkeit etwas Zeit braucht, um sich in Anpassungen der Export- und Importströme niederzuschlagen (Albu 2017, S.10f), bietet sich somit das Jahr 2000 als Startzeitpunkt eines Vergleichs an.

Im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2019 vor Ausbruch der globalen Covid-19-Pandemie war im Euroraum insgesamt die Lohnstückkostenentwicklung nicht stabilitätskonform. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate lag bei 1,4% pro Jahr und damit deutlich unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2% und seit Mitte 2021 von genau 2%. Insgesamt war somit die Lohnstückkostenentwicklung im Euroraum zu schwach und wirkte in der Tendenz deflationär (Abbildung 12). Die schwächste Lohnstückkostenentwicklung hatte dabei Deutschland mit im Durchschnitt 1,2% pro Jahr, aber auch in Frankreich, Spanien, Belgien, den Niederlanden und Österreich war die Entwicklung der Lohnstückkosten über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg zu niedrig und damit nicht stabilitätskon-

form. Lediglich Italien wies über den gesamten Beobachtungszeitraum 2000 bis 2019 hinweg mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Lohnstückkosten von 1,9% pro Jahr eine stabilitätskonforme Entwicklung auf. Dabei wiesen Frankreich, Belgien und die Niederlande bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise eine stabilitätskonforme Lohnstückkostenentwicklung auf, während in Deutschland und Österreich die Lohnstückkostenentwicklung zu schwach und in Italien und Spanien zu dynamisch war.

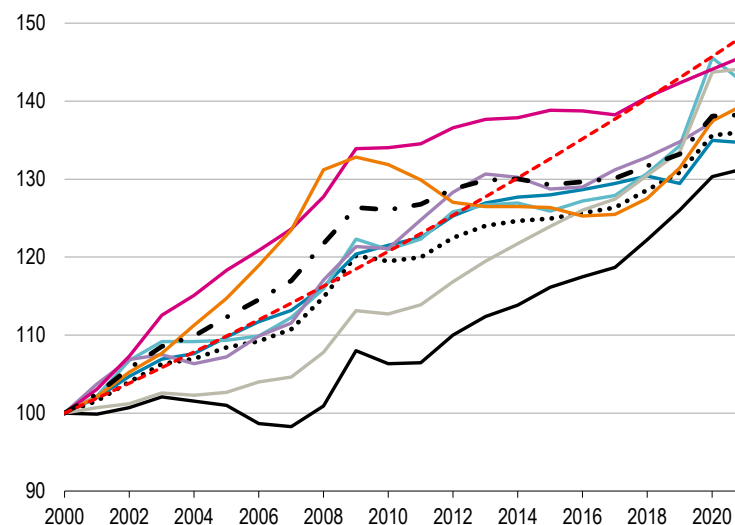
In den 2010er Jahren änderte sich das Bild dann nicht zuletzt im Zuge der Eurokrise deutlich: In Deutschland und Österreich verlief zwischen 2010 und 2019 die Lohnstückkostenentwicklung nun dynamischer und im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB. Die Entwicklung im Euroraum ohne Deutschland und in den anderen fünf großen Volkswirtschaften des Euroraums war hingegen zu schwach (Herzog-Stein et al. 2021).

Rückblickend lässt sich nun eine erste Bilanz der Auswirkungen der Coronakrise auf die Entwicklung der Lohnstückkosten ziehen, da inzwischen – mit Ausnahme Belgiens – Informationen für die Pandemiejahre 2020 und 2021 vorliegen. Nachdem im ersten Pandemiejahr krisenbedingt auch infolge der erfolgreichen Beschäftigungssicherung durch den Einsatz von Kurzarbeit, Lohnsubventionen und Programmen zur subventionierten Beurlaubung die Lohnstückkosten im Euroraum merklich um 3,6% angestiegen waren, stagnierten die Lohnstückkosten im zweiten Pandemiejahr mit einem Anstieg

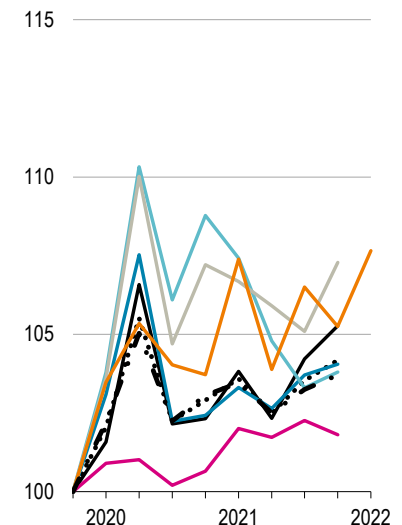
Abbildung 12

Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



b) Quartalsbasis*, 2019 Q4=100



* Für Belgien liegen keine Quartalswerte vor.



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 23.05.2022).

von 0,3% faktisch. Infolgedessen belief sich die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates der Lohnstückkosten im Euroraum insgesamt in den beiden Jahren 2020 und 2021 der Corona-Pandemie auf lediglich 2,0% pro Jahr und war damit im Einklang mit der Zielinflationsrate der EZB.

Für die beiden größten Volkswirtschaften des Euroraums, Deutschland und Frankreich, verlief die Lohnstückkostenentwicklung in der Pandemie ähnlich. Nachdem im ersten Pandemiejahr die Lohnstückkosten stärker gewachsen waren (3,4% beziehungsweise 4,3%), stiegen sie im zweiten Pandemiejahr in Deutschland nur leicht (0,8%) und in Frankreich waren sie sogar rückläufig (-0,2%). Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates der Lohnstückkosten in Deutschland und Frankreich in den beiden Jahren 2020 und 2021 beliefen sich entsprechend auf 2,1% beziehungsweise 2,0% pro Jahr.

In Spanien (3,0%), den Niederlanden (2,9%) und in Österreich (3,9%) sind in den beiden Pandemie-jahren die Lohnstückkosten durchschnittlich pro Jahr stärker als im Euroraum gestiegen. Ursächlich hierfür ist in allen drei Ländern vor allem der überdurchschnittlich starke Anstieg der Lohnstückkosten im ersten Jahr der Pandemie.

Auffällig ist die Lohnstückkostenentwicklung in Italien. In beiden Jahren der Coronapandemie nahmen die Lohnstückkosten nur moderat um 1,2% zu. Für Belgien liegen noch keine Informationen für das Jahr 2021 vor; im Vorjahr verzeichnete Belgien mit einer Zuwachsrates von 1,9% nach Italien den geringsten Lohnstückkostenanstieg unter den sieben größten Volkswirtschaften des Euroraums.

Im Jahr 2021 hatte der Euroraum einen Leistungsbilanzüberschuss von 380 Mrd. Euro oder 3,1% des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds infolge der globalen Covid-19-Pandemie ist er fak-

tisch gleich groß wie im Jahr 2019 (371 Mrd. oder 3,1% des BIP). In Deutschland belief sich der Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2021 auf 238 Mrd. Euro oder 6,7% des Bruttoinlandsprodukts und war damit ein Prozentpunkt niedriger als vor Ausbruch der Pandemie. Der Rückgang war eine direkte Folge der Coronakrise und dürfte unter anderem in engem Zusammenhang mit während der Pandemie aufgetretenen Unterbrechungen von Lieferketten und den fortbestehenden Engpässen bei wichtigen Vorleistungen gestanden haben.

Die Entwicklung der Lohnstückkosten in der Corona-Pandemie hat erneut vor Augen geführt, dass der Euroraum als Ganzes und insbesondere Deutschland nichts an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben und auch während der Coronakrise von Seiten der Lohnentwicklung keine Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit drohten. In dem vor uns liegenden drastisch veränderten Umfeld einer langsam ausklingenden globalen Pandemie und des schrecklichen Ukrainekriegs direkt vor der Haustüre der Eurozone mit temporär hohen Preissteigerungsrates wird es zukünftig aber darum gehen, sicherzustellen, dass der Euroraum und seine Mitgliedstaaten mehr als in der Vergangenheit von einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung getragen werden, die ihre Stärke wesentlich aus einer dynamischen Binnenentwicklung erhält und so die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation, die in diesem veränderten Umfeld noch an Dringlichkeit gewonnen hat, erfolgreich meistern können. Eine Lohnentwicklung, die sicherstellt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstandsfortschritt auch in diesen Zeiten des Wandels ausreichend partizipieren, ist hierfür unerlässlich. Dies sicherzustellen kann aber nicht allein die Lohnpolitik leisten. Hier wird die Wirtschaftspolitik als Ganzes gefragt sein.

LITERATUR

Albu, N. (2017): Arbeitskosteneffekte des Vorleistungsverbundes der deutschen Industrie unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten. Eine Untersuchung mit der Input-Output-Methode. IMK Study Nr. 56.

Bach, H. U. / Spitznagel, E. (2009): Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon. IAB-Kurzbericht Nr. 17.

Bischof, J. / Simons, D. / Vogel, J. / Dörrenberg, P. / Rostam-Afschar, D. / Buhlmann, F. / Akari, P. / Arnemann, L. / Eble, F. / Gharbi, S. / Karlsson, C. (2020): German Business Panel: *Wirkung und Zielgenauigkeit der staatlichen Hilfen für Unternehmen in der Krise*. Executive Summary. Accounting for transparency.

Drahokoupil, J. / Müller, T. (2021): *Job retention schemes in Europe. A lifeline during the Covid-19 pandemic*. ETUI Working Paper Nr. 2021.07.

Giupponi, G. / Landais, C. / Lapeyre, A. (2022): Should We Insure Workers or Jobs During Recessions? In: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 36, H. 2, S. 29–54.

Herzog-Stein, A. / Nüß, P. / Peede, L. / Stein, U. (2021): Germany's labour market in Coronavirus distress. New challenges to safeguarding employment. IMK Working Paper Nr. 209.

Herzog-Stein, A. / Nüß, P. / Peede, L. / Stein, U. (2022): Germany and the United States in Coronavirus Distress – Internal versus External Labour Market Flexibility, Unveröffentlicht.

Herzog-Stein, A. / Nüß, P. / Stein, U. / Albu, N. (2020): Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung. Ein gespaltenes Jahrzehnt geht zu Ende – enorme Herausforderungen warten. IMK Report Nr. 158.

Statistisches Bundesamt (2018): Qualitätsbericht – Arbeitskostenerhebung – Erhebung der Struktur der Arbeitskosten nach § 5 Verdienststatistikgesetz – 2016. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.



Alle Links wurden zuletzt
am 01.06.2022 geprüft



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs.

<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>



SOCIAL MEDIA

Folgen Sie uns auf Twitter: <https://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook: www.facebook.com/IMKInstitut

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-31 2

imk-publikationen@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

ulrike-stein@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 175 (abgeschlossen am 02.06.2022)

Redaktionsleitung: PD Dr. Sven Schreiber
Satz: Sabine Kurzböck

ISSN 1861-3683



„Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2021 - Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie“ von Alexander Herzog-Stein, Friederike Kotthaus, Ulrike Stein ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.